

## Anfragen zum Plenum

in der 24. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bei der Machbarkeitsstudie bzgl. eines Fernbahnanschlusses für den Flughafen München, bis wann ist mit einer Veröffentlichung der Studie zu rechnen und wie ist die weitere Planung bezüglich des im Koalitionsvertrag angekündigten Bayerischen Flughafenkonzepts?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Angesichts der empirischen Tatsache, dass im Zuständigkeitsbereich nicht nur eines staatlichen Schulamts in Bayern, wie z. B. dem im Landratsamt Altötting ansässigen Schulamt, z. B. Grundschulkindern, die nicht bereit sind, ihre Gesundheit dadurch mehrmals wöchentlich zu beweisen, indem sie auf dem einen oder anderen Weg so bezeichnete „Schnelltests“ mit den darin enthaltenen Giften, wie z. B. dem hochgiftigen Natriumazid im Test der Firma Roche, bei sich anwenden, oder anwenden lassen, derartige Kinder z. B. im Landkreis Altötting von jeglichem Wissenstransfer durch z. B. staatliches Lehrpersonal abgeschnitten werden und an Stelle der Wissensvermittlung durch das staatliche Lehrpersonal vom Lehrer lediglich täglich per Mail mitgeteilt bekommen, welche Aufgaben der Lehrer täglich ohne sie in der Präsenzklasse durchnimmt und welche Hausaufgaben er den in der Präsenzklasse anwesenden Schülern täglich gibt, frage ich die Staatsregierung, welche Regelungen hat sie in Kraft gesetzt/ausgegeben, die sicherstellen, dass Kinder, die sich weigern, ihre Gesundheit regelmäßig mit Hilfe von Schnelltests nachzuweisen, gleichberechtigt zu Kindern, die sich diesem staatlichen Zwang unterwerfen, Lehrinhalte durch staatliche Stellen, z. B. durch Onlinepräsenzveranstaltungen inhaltlich vermittelt bekommen (bitte jede derartige verbindliche Regelung mit dem Schwerpunkt „Entwicklung der sozialen Kompetenz“ und fachliche Lehrinhalte mindestens in jedem der folgenden Fächer: Deutsch, Mathematik, HSU, Englisch, Sport an Grundschulen offenlegen), aus welchen Gründen erhalten z. B. Grundschüler, die sich weigern, ihre Gesundheit regelmäßig mit Hilfe von COVID-Schnelltests nachzuweisen, mindestens in einigen Grundschulen im Landkreis Altötting keinerlei Wissenstransfer mehr durch staatliche Lehrkörper und was

spricht aus Sicht der Staatsregierung gegen die Lesart der bis an dieser Stelle geschilderten Tatsachen, dass die abgefragten Unterlassungen die Wirkung haben, den Wissenstransfer vom Lehrpersonal auf die Eltern zu übertragen, wobei mindestens billigend in Kauf genommen wird, die Eltern auf diesem Weg gezielt zu überlasten, um sie hierdurch letztendlich über den Weg der Überlastung dazu zu nötigen, ihre gesunden Kinder auch gegen deren Überzeugung und/oder gegen den deren Willen dem staatlichen Zwangs-Test-System für Gesunde zu unterwerfen?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach Bekanntwerden von Razzien gegen Anhänger bzw. Sympathisanten der islamistischen Vereinigung Hizb ut-Tahrir (HuT) im Raum Augsburg und Aichach frage ich die Staatsregierung, welchen konkreten Anlass es für diese Razzien gab, ob bei den Razzien Waffen sichergestellt wurden und von welchem grundsätzlichen Gefährdungs- und Personenpotenzial der HuT in Bayern die Staatsregierung ausgeht?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen gab es seit Beginn der Pandemie Corona-Ausbrüche, was waren nach Informationen der Staatsregierung die jeweiligen konkreten Ursachen dafür und an welche dieser Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime wurden aus den von ihr beschafften Beständen Schutzmasken geliefert (bitte genaue Lieferung mit Zeitpunkt und Herkunft der Masken angeben, sowie genauen Zeitpunkt und Umfang der Ausbrüche benennen)?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele stationäre Blitzer gibt es durch die zum 1. Mai 2020 erfolgte Flexibilisierung des Einsatzes stationärer Geschwindigkeitsmessanlagen durch Gemeinden, Zweckverbände und gemeinsame Kommunalunternehmen inzwischen innerorts in Bayern (bitte gegliedert nach Regierungsbezirken angeben) und welche Maßnahmen werden unternommen oder sind geplant, um die Gefahren überhöhter Geschwindigkeit auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften und Bundesautobahnen im Freistaat durch Geschwindigkeitsmessung und -kontrolle zu reduzieren?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen können die Staatsregierung bzw. Bezirke und Kommunen für die Verbesserung der Parkerleichterungen von Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen ergreifen, die nicht die für den orangenen oder internationalen blauen Parkausweis notwendigen Merkmale im Schwerbehindertenausweise verfügen (z. B. Personen, die zwar keine außergewöhnliche Gehbehinderung haben, aber aufgrund von bestimmten Erkrankungen, bspw. einer Chemotherapie, stark in ihrer Mobilität eingeschränkt sind) und welche Kriterien gelten für die Erteilung einer befristeten Ausnahmegenehmigung nach § 46 Abs. 1 Nr. 11 Straßenverkehrsordnung konkret?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der lange Zeit extrem hohen und im Bundesvergleich immer noch stark erhöhten COVID-19-Infektionszahlen im Landkreis Günzburg (Platz sechs in Deutschland am 14.06.2021) frage ich die Staatsregierung, welche Ursachen sieht die Staatsregierung für die auffälligen Inzidenzwerte im Landkreis Günzburg, wie viele Menschen im Landkreis Günzburg, verglichen mit allen anderen schwäbischen Landkreisen und kreisfreien Städten, haben teilweisen und vollständigen Impfschutz erlangt und wie viele Impfstoffdosen werden in den kommenden acht Wochen, jeweils pro Woche und Art des Impfstoffs, an die Impfzentren, Haus- und Betriebsärzte im Landkreis Günzburg geliefert?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Auswirkungen haben die Corona-Maßnahmen auf die Hütteninfrastruktur, wie haben sich die Übernachtungszahlen seit Beginn der Coronapandemie bis heute in den Alpenhütten verändert (bitte nach Monaten aufschlüsseln) und welche Maßnahmen plant sie zur Unterstützung und Revitalisierung der Hütteninfrastruktur?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Bezüglich der gemeinsamen, freizeitpädagogischen Angebote zur Ferienbetreuung des Bayerischen Jugendrings (BJR) und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, frage ich die Staatsregierung, wie erfolgreich die Angebote in den Sommerferien 2020 und den Pfingstferien 2021 jeweils waren (bitte für beide Programme getrennt die angebotenen und in Anspruch genommenen Kursplätze, die bewilligten und ausgezahlten Fördermittel sowie die angebotenen und in Anspruch genommenen Buchungszeiten angeben und nach Landkreisen aufschlüsseln), wie weit die Vorbereitungen für die anstehenden Sommer- und Herbstferien fortgeschritten sind (bitte jeweils für die beiden Ferienzeiträume die Anzahl der registrierten Träger, Angebote und Teilnehmerplätze angeben, sowie nach Altersgruppen unter und über zwölf Jahren gliedert alle Landkreise und kreisfreien Städte ohne bereits eingetragenes, eigenes Angebot auflisten) und anhand welcher Kriterien und Zielgrößen sie den Erfolg dieser Programme messen möchte (bitte insbesondere auf konkrete Ziele im Vergleich der Sommerferienprogramme von 2020 und 2021 eingehen)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Freizeitdrucks auf die Wälder im Münchner Umland und dem gesetzlich verankerten Bildungsauftrages der Bayerischen Forstbehörden, frage ich die Staatsregierung, ob es im Bereich der Waldpädagogik Planungen für die Neuanlage von Waldlehrpfaden in der Region München gibt, wie hoch die Kosten für die Anlage, Kontrolle und Erhalt solcher Lehrpfade bayernweit sind (Gesamtkosten pro Jahr für alle Lehrpfade, Durchschnittskosten pro Pfad) und welche Fördermittel Kommunen für die Instandsetzung beantragen können?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Unter dem Eindruck, dass die Grundwasserneubildungsrate aus Niederschlag im Mittel in den Jahren 2015 bis 2019 im Vergleich zum Mittel der Jahre 1971 bis 2000 um über 26 Prozent abgenommen hat (siehe Drs. 18/10490), gleichzeitig nach Angaben der WVV (Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH) geringe Niederschlagsmengen in diesem und letzten Jahr in der Region Würzburg zu einem deutlichen Rückgang der Quellschüttungen und Grundwasserstände führen und in den nächsten Jahrzehnten mit weiter sinkenden Niederschlagsmengen und mehr Hitze zu rechnen sein wird, frage ich die Staatsregierung, wie wird die Entwicklung des Grundwasserspiegels bzw. der möglichen Trinkwasserentnahme für den westlichen Landkreis Würzburg (im Bereich der geplanten Erweiterung des Wasserschutzgebiets „Zeller Quellen“) und für die Stadt Würzburg in den nächsten dreißig Jahren (also bis 2050) eingeschätzt (insbesondere auch seitens des Wasserwirtschaftsamtes Aschaffenburg – bitte unter tabellarischer Angabe der erwarteten Entwicklung in Fünfjahresschritten: 2025, ... bis 2050), wie wird die Entwicklung, auch unter Berücksichtigung eines steigenden Wasserbedarfs bei höheren Temperaturen, der zukünftige Wasserverbrauch im westlichen Landkreis Würzburg (wie vor) und der Stadt Würzburg angenommen (bitte unter tabellarischer Angabe des prognostizierten Verlaufs in Fünfjahresschritten: 2025, ... bis 2050) und was ist unter den sich abzeichnend überdurchschnittlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Region Würzburg zum besonderen Schutz der Zeller Quellen zu unternehmen (insbesondere im Hinblick auf potentielle Gefährdungen der Zeller Quellen durch die geplante DK 1 Deponie in Helmstadt und den geplanten Gips-Abbau bei Altertheim)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kommunen (bitte nach Bezirken aufschlüsseln) haben sich für den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ (Antragsschluss am 10.06.2021) beworben, wie hoch ist das Antragsvolumen der eingegangenen Förderanträge und bis wann wird über Kommunen entschieden, die den Zuschlag erhalten?

**Tessa Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Dienstjahre haben durchschnittlich die Polizeibeamtinnen und -beamten der dritten Qualifikationsebene zum Zeitpunkt ihrer Beförderung in die Besoldungsgruppe A 10 in der Besoldungsgruppe A 9 gearbeitet (bitte aufgeschlüsselt für die Jahre 2018, 2019, 2020)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die Gründe der Verzögerung der nach wie vor nicht bekannten Lehrkräfteprognose für das Schuljahr 2021/2022, welche Auswirkungen hat dies auf die Planungen an den Schulen und wann können die Schulen in Folge mit einer gesicherten Zuteilung der Lehrkräfte rechnen?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen bayerischen Gesetzen bzw. Verordnungen die zuständigen Stellen für § 32 Abs 1. Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelt sind, warum teils nur Zuständigkeiten nach dem 2. Absatz statt dem Gesamtparagraphen geregelt sind, und welche Stelle in Bayern für die Umsetzung des § 32 Abs 1 BBiG zuständig ist, exemplarisch an einem privatwirtschaftlichen Betrieb in Erlangen welcher den Beruf „Kaufmann im E-Commerce/Kauffrau im E-Commerce“ ausbildet?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Bezugnehmend auf eine kürzlich erschienene Statistik der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), nach der (Stand Juni 2020) nur 4,7 Prozent der deutschen stationären Breitbandanschlüsse mit einem Glasfaserkabel verbunden sind, womit sich Deutschland unter den fünf am schlechtesten ausgestatteten OECD-Staaten bewegt, frage ich die Staatsregierung, wie sich der Anteil der mit einem Glasfaserkabel verbundenen Breitbandanschlüssen in Bayern von 2015 bis 2021 entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Jahren angeben), welche Förderungen und andere Maßnahmen zur Anhebung dieses Prozentsatzes die Staatsregierung momentan und in Zukunft durchführt bzw. angedacht hat und in welcher Höhe in der Entwicklung von 2015 bis 2021 Fördergelder zum Glasfaserausbau beantragt oder ausgezahlt wurden (ebenfalls bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken und Jahren angeben)?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wer hat die Impfdosen für die Impfkampagne einer italienischen Reisegruppe in einem Münchner Flughafenhotel bestellt<sup>1</sup>, war das Vorgehen im Kontext der Impfungen rechtlich zulässig und wer kontrolliert die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen (Impfberechtigung etc.)?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Staatsregierung zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Lösung der Mobilitätsprobleme im Zusammenhang mit der jetzt geänderten Planung zur Osttangente, auch unter Einbeziehung aller Verkehrsträger (Bahn, ÖPNV, Radnetz etc.), wie sollen die geplanten kreuzungsfreien Knotenpunkte, der vierspurige Ausbau der AIC 25 zwischen Friedberg und der A 8 sowie die Ortsumfahrung Kissing realisiert werden, nachdem das im Bundesverkehrswegeplan definierte Ziel der Entlastung der B 17 und damit eine Finanzierung im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes nicht mehr möglich ist?

---

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/corona-impftourismus-muenchen-sardinien-1.5316731?reduced=true>

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit bereits Konzepte für die Präsenzlehre im Wintersemester 2021/2022 bestehen, ob die Punkte der Initiative des offenen Briefs „Präsenz bleiben“, der bereits von hunderten studentischen Initiativen und Fachschaften in ganz Deutschland und Bayern unterzeichnet wurde, auch von der Staatsregierung unterstützt werden (bitte zu jeder Forderung der Spiegelstrichpunkt konkret Stellung nehmen) und inwieweit bereits Kenntnis bei der Staatsregierung darüber besteht, ob nun zum Ende des Sommersemesters wieder Präsenz- bzw. Hybridkurse an den Hochschulen angeboten werden?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant die Staatsregierung über die Freiwilligkeit hinausgehend konkrete Vorschriften/Vorgaben für die Bewirtschaftung der Moorböden durch die Landwirtinnen und -wirte im Donaumoos (bitte mit Angabe der geplanten Vorschriften/Vorgaben), ist es richtig, dass beginnend mit dem Jahr 2021 bis einschließlich 2030 pro Jahr maximal bis zu 20 Mio. Euro für den Schutz des Donaumooses ausgegeben werden sollen und wie viele Flächen plant der Freistaat zu kaufen (bitte Angabe in Hektar und Angabe des dafür eingeplanten Anteils der 200 Mio. Euro)?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob zu Beginn der Coronapandemie (Januar bis März 2020) in der Regierung, den Ministerien oder nachgeordneten Behörden geprüft worden ist, für München einen lokalen Lockdown zu beschließen, welche Ministerien darin involviert waren und warum man sich letztlich dagegen entschieden hat?

**Annette Karl**  
(SPD)

Nachdem im Haushaltsjahr 2020 des Förderprogramm „Pflege so nah“ deutlich überzeichnet war, frage ich die Staatsregierung, wie viele Förderanträge bisher schon für das Kalenderjahr 2021 eingegangen sind, wie hoch die beantragten Förderbeträge sind und wann die Antragsteller mit einem Bescheid rechnen können, um zeitnah mit der Umsetzung ihres Projektes beginnen zu können?

**Christian Klingen**  
(AfD)

Angeichts der Tatsachen, dass COVID-Schnelltests Stoffe enthalten, die gemäß Sicherheitsdatenblatt z. B. des SARS-CoV-2 Rapid AG Test 25T der Firma Roche<sup>1</sup> auf den Seiten 3 bzw. 10 ff. beim Inhaltsstoff „Natriumazid“ für die im Test gegebene Dosierung mit H300 durch „Lebensgefahr bei Verschlucken.“ und beim Inhaltsstoff „Reaktionsmasse aus 5-Chlor-2-methyl-2H-isothiazol-3-on und 2-Methyl-2H-isothiazol-3-on (3:1)“ für die im Test gegebene Dosierung mit H330 durch „Lebensgefahr bei Einatmen“ und jeder dieser beiden Stoffe wiederum mit H310 durch „Lebensgefahr bei Hautkontakt“ klassifiziert sind, und für den

---

<sup>1</sup> <https://pim-eservices.roche.com/eLD/api/downloads/d0cbddb5-3444-eb11-0091-005056a772fd?countryIsoCode=de>

Inhaltsstoff „alpha-(4-(1,1,3,3-Tetramethylbutyl)phenyl)-omegahydroxypoly(oxy-1,2-ethanediyl)“ bei anderen Stoffen derselben Stoffgruppe nachgewiesen ist, dass diese bereits bei einer Dosierung von Millionstel Gramm bei Lebewesen die Gefahr mit sich bringen, unfruchtbar zu machen<sup>1</sup>, dieser oder andere Tests mit wirkidentischen Inhaltsstoffen in Schulen in der Regel gesunden Kindern ab der ersten Grundschulklasse in die Hand gegeben wird, damit diese gesunden Kinder unter Aufsicht der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort dem durch die Lehrerin bzw. den Lehrer vertretenen Staat beweisen müssen, dass sie tatsächlich gesund sind, Kinder die die Anwendung derartiger Stoffe nicht über sich ergehen lassen, vom Wissenstransfer im Klassenverbund und damit sowohl vom sozialen Lernen, als auch vom inhaltlichen Lernen im Klassenverbund ausgeschlossen sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Positivtestungen an Schülerinnen und Schülern sowie an Lehrpersonal seit Einführung dieser verpflichtenden Testungen an den Schulen durch die eingangs beschriebenen Tests z. B. wöchentlich identifiziert wurden (bitte in Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien, Berufsschulen ausdifferenzieren), welche Regelungen/Vorgaben/Anweisungen die Staatsregierung oder eine ihr untergeordnete Behörden ausgegeben hat, mit dem Ziel die abgefragten Zahlen zu ermitteln und aus welchen Gründen es die Staatsregierung als verhältnismäßig ansieht, bei ca. 1,6 Mio. Schülerinnen und Schülern im Freistaat, diese Schüler dazu unmittelbar oder mittelbar, z. B. durch Abschneiden von der Vermittlung des Lehrstoffs durch die Lehrerin bzw. den Lehrer, zu zwingen, mit den eingangs zitierten Gefahrstoffen zu hantieren?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In Bezug auf die erhöhte Corona-Infektionslage Ende April bei vor Ort beschäftigtem Personal der Ankereinrichtung Unterfranken frage ich die Staatsregierung, wie viele nachgewiesene Corona-Infektionen traten in Bezug zur Ankereinrichtung Unterfranken seit 01.03.2021 auf (bitte aufschlüsseln nach Datum und Anzahl Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Personal vor Ort inklusive Tätigkeit), wie viele Personen mit Bezug zur ANKER-Einrichtung haben nach aktuellem Stand eine Erstimpfung gegen das Coronavirus erhalten (bitte aufschlüsseln nach Anzahl Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Personal vor Ort inklusive Tätigkeit und relativem Anteil innerhalb der jeweiligen Personengruppe) und wie viele Personen haben bereits eine Zweitimpfung erhalten bzw. gelten als vollständig geimpft (bitte aufschlüsseln nach Anzahl Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Personal vor Ort inklusive Tätigkeit und relativem Anteil innerhalb der jeweiligen Personengruppe)?

---

<sup>1</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/octylphenol-seine-ethoxylate>

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sind Landtagsabgeordnete oder ehemalige Landtagsabgeordnete in der Angelegenheit um den Pachtvertrag und Baumaßnahmen für Grundstück und Schloss Allmannshausen mit Wort des Lebens e. V. an staatliche Stellen (Behörden/Ministerien) herangetreten, wann genau sind sie bei den Verhandlungen zwischen WDL und dem Staat in irgendeiner Form in Erscheinung getreten und weshalb?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kapazität an Plätzen/Betten in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (ANKER Mittelfranken), Unterkunft-Dependance Nürnberg (Grundig-Türme) monatlich, seit Betriebsaufnahme bis heute, maximal zur Verfügung stand, wie viele Plätze/Betten hiervon jeweils belegt waren (bitte um Angabe pro Monat) und wie sich diese Belegungszahl bis 2031 (voraussichtliches Ende Vertragslaufzeit, Mietvertrag) voraussichtlich entwickeln wird?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie das aktuelle Urteil, wonach das bayerische Landespflegegeld in manchen Fällen auch noch nach dem Tod des Pflegebedürftigen ausbezahlt ist, von wie vielen Regressforderungen geht sie aus und welche Konsequenzen zieht sie aus diesem Urteil bzw. plant die Staatsregierung Änderungen in der Auszahlungspraxis?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse der angekündigten wissenschaftlichen Begleitung der Fußball Europameisterschaft, die mit vier Spielen in München mit jeweils über vierzehntausend Fans stattfinden, plant die Staatsregierung für andere Veranstaltungen mit hohen Publikumszahlen etwa aus dem Kulturbereich zu übertragen, zum Beispiel im Hinblick auf Ein- und Ausgänge, Anfahrt, Clusterbildung auf dem Gelände, Hygienräume etc., wann ist mit einer Vorstellung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zu rechnen und wer führt die wissenschaftliche Begleitung durch?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da es in der aktuellen Dreizehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung keine eindeutigen Regelungen dafür gibt, unter welchen Bedingungen Jugendarbeit/Jugendbildungsarbeit derzeit stattfinden kann, frage ich die Staatsregierung, ob geplant ist, Rechtssicherheit für die Jugendarbeit zu schaffen, beispielsweise durch ein mit dem Bayerischen Jugendring erstelltes Rahmenkonzept zur Jugendarbeit bzw. Jugendbildungsarbeit?

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse über Ablauf, Genehmigungen und Beteiligte hat die Staatsregierung über die Impfung von mehr als 100 Angestellten des italienischen Luxus-Resorts Forte Village am 21. Mai 2021 in einem Hotel am Flughafen München, woher stammen die Impfdosen, die an diesem Tag verimpft wurden und für den Fall, dass die Impfkation nicht durch aktuelle Regelungen oder Genehmigungen gedeckt wäre, welche Ermittlungstätigkeiten hat die Staatsregierung aufgenommen bzw. angestoßen?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Presseberichts, wonach MdB Florian Post (SPD) und ein Journalist der BILD-Zeitung in der Nacht von vergangenen Samstag auf Sonntag direkt gegenüber des Sitz des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann am Münchner Odeonsplatz von Personen mit Migrationshintergrund geschlagen und bedroht wurden, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über den Vorfall hat, welche Nationalität die Täter haben und ob die Nationalität respektive Herkunft der Täter in einem polizeilichen Pressebericht veröffentlicht wurden?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage zum Plenum, was ist der geplante/voraussichtliche Zeitpunkt der Inbetriebnahme im Rahmen der Energiewende neuer/geplanter Erdgaskraftwerke, Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK-Anlagen) in Bayern (in Jahren, bitte nach Kraftwerksprojekt aufschlüsseln), was ist die gesamte und jeweilige geplante/voraussichtliche Nennleistung dieser Kraftwerke (in MWh, bitte nach Kraftwerksprojekt aufschlüsseln) und was sind die gesamten und jeweiligen geplanten/voraussichtlichen Investitionskosten dieser Kraftwerke (in Euro, bitte nach Kraftwerksprojekt aufschlüsseln)?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ermittlungsverfahren führt die Staatsanwaltschaft München I im Komplex Wirecard wegen des Verdachts der Marktmanipulation und um welche Vorgänge aus welchen Jahren geht es dabei jeweils?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Milchkühe in landwirtschaftlichen Betrieben in Bayern in ganzjähriger Anbindehaltung gehalten werden (bitte Angabe der Anzahl der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe und aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken angeben), wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Bayern zwischen den Jahren 2016 bis 2021 die Rinderhaltung oder den Betrieb komplett aufgegeben haben (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken angeben) und wie viele dieser Betriebe ihre Rinder in ganzjähriger Anbindehaltung gehalten haben (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Regierungsbezirken angeben)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund wurde vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus – trotz anderslautende Ankündigungen – entschieden, dass die Noten der Halbjahresprüfungen an den Fachoberschulen nun als Abiturnoten gelten, warum wird hier die Entscheidung über die Möglichkeit einer Nachprüfung der jeweiligen Schulleitung überlassen und warum wird im Falle einer Nachprüfung nicht dieselbe Regelung wie an den Gymnasien (die bessere Note zählt) angewendet?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie setzt die Staatsregierung den Beschluss des Landtags auf Drs. 18/9218 zur Schaffung zusätzlicher Beratungsangebote für LGBTIQ\*-Personen um, wie hoch werden die ausgereichten Fördermittel für diesen Bereich sein, und für was werden die 400.000 Euro im Haushalt außerdem verwendet (bitte differenziert nach Maßnahme und Höhe der jeweils verwendeten Mittel angeben)?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Verhandlungsstand der Staatsregierung über Ersatzstandorte für die Polizeiinspektion 25 Trudering-Riem, deren Mietvertrag am Standort Werner-Eckert-Straße 10-12 am 30.06.2026 ausläuft, wann kann voraussichtlich mit einem Neubau begonnen werden und wird dieser rechtzeitig zum Mietvertragsende fertiggestellt sein?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie bisher eingeführt hat und einzuführen plant, um die digitale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung zu stärken und welche Maßnahmen sie bisher eingeführt hat und einzuführen plant, um die digitale Einsamkeit zu bekämpfen?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche führten seit Beginn der Testpflicht einen POC-Antigentest durch, wie viele Kinder und Jugendliche erhielten dabei ein auf SARS-CoV-2 positives Ergebnis mittels POC-Antigentest und wie viele Kinder und Jugendliche erhielten danach ein auf SARS-CoV-2 positives Ergebnis mittels PCR-Test (bitte bei allen Fragen die Anzahl wöchentlich nach Alter und Landkreis auflisten)?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob nach § 14 Abs. 1 der Zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) Übernachtungsangebote in gewerblichen Unterkünften für jede Art von privatem Aufenthalt zulässig waren, solange der Aufenthalt nicht touristisch begründet ist (diese Aussage in der Stellungnahme der Staatsregierung in der Landtagspetition VF 0454.18 widerspricht der Aussage der Staatsregierung in den Drs. 18/11899, 18/12301, 18/15424), welche konkreten Gründe gab der thailändische König Rama X. dem Landratsamt Garmisch-Patenkirchen dafür an, dass er sich im Hotel Sonnenbichl aus notwendigen, ausschließlich privaten, aber nicht touristischen Zwecken aufgehalten hat und aus welchen Gründen hielt das Landratsamt die angegebenen Zwecke für glaubhaft und plausibel?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann soll der bereits am 14.09.2020 angekündigte 250 Mio. Euro-Scale-up-Fonds starten, wie soll er genau ausgestaltet sein und welche Start-ups sollen daraus Mittel beantragen können?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welches Konzept plant die Staatsregierung, um die Impfquote der Bürgerinnen bzw. Bürger zu erhöhen, die keinen Zugang zu Hausärztinnen bzw. Hausärzten haben, welche barrierefreien gezielten Impfaktionen sind ab Juni geplant und werden Geflüchtete, die in „Einrichtungen gemeinschaftlicher Unterbringung“ wohnen, bei den Impfaktionen miteinbezogen?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, sollen Grundschullehrkräfte im neuen Schuljahr durch die Kürzung der „Randstunden“ auch zwei Klassenleitungen übernehmen und wie sollen die Noten für die Kinder der 2. Klasse für das Jahreszeugnis überhaupt gebildet werden, angesichts dessen, dass die Kinder seit Ewigkeiten nicht mehr regelmäßig in der Schule waren, ein aussagekräftiges Notenbild ergibt sich daraus nicht?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die freie Zugänglichkeit der bayerischen Gewässer für die Allgemeinheit genau definiert, welcher Anteil des gesamten Seeufers muss demnach für alle Bürgerinnen und Bürger frei zugänglich sein und welcher Genehmigungen bedarf es bei Verpachtungen von Grundstücken mit Seezugang?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Sammel- bzw. Recyclingquote von Elektroschrott in Bayern in den letzten fünf Jahren entwickelt, wie positioniert sich die Staatsregierung zur Forderung des EU-Parlaments nach einem „Recht auf Reparatur“ und in welcher Form unterstützt sie Initiativen und Einrichtungen, die Hilfestellung bei Reparaturen in ehrenamtlicher Form anbieten?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen reichten Eltern in Bayern einen Antrag auf Überprüfungen nach § 1666 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) Kindeswohlgefährdung durch die staatlich angeordneten Corona-Maßnahmen ein (bitte Anzahl monatlich und nach zuständigem Familiengericht seit September 2020 anführen), in wie vielen dieser familiengerichtlichen Verfahren wurde anschließend proaktiv durch das Familiengericht ein Hauptsachverfahren gegen die Eltern eingeleitet, um zu ermitteln, ob bei diesen ein elterliches Erziehungsdefizit vorliegt (bitte Anzahl monatlich und nach zuständigem Familiengericht seit September 2020 anführen), und wie bewertet die Staatsregierung den Umstand, dass Eltern, die ihre Kinder vor Schädigungen durch die Corona-Maßnahmen, insbesondere das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckung oder Mund-Nasen-Schutz beschützen wollen, mit familiengerichtlichen Verfahren bedroht werden, die ihre Erziehungsfähigkeit in Frage stellen (bitte genau Zusammenhang zwischen Erziehungsdefiziten und Eltern, die die rechtliche Zulässigkeit von Corona-Maßnahmen gegenüber Kindern gerichtlich überprüfen lassen wollen und darauf folgende Maßnahmen nach § 1666 BGB begründen)?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der im Bayerischen Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) festgehaltenen Klimaneutralität der unmittelbaren Staatsverwaltung bis 2030 sowie eines möglichst klimaneutralen arbeitenden Staats, vor allem was seine mittelbaren Unternehmungen betrifft, frage ich die Staatsregierung, ob es bereits Pläne der Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) zur zukünftigen Klimaneutralität ihres Bestandes gibt, welche Kriterien zum Klimaschutz aktuell beim An- und Verkauf von Immobilien angewandt werden und inwiefern bei Mieten und Pachten von gewerblichen Objekten und Mietwohnungen durch die IMBY auf eine klimaneutrale Bewirtschaftung des Objekts (etwa durch klimaschonende Baumaterialien und/oder eine klimaneutrale Wärmebereitstellung) geachtet wird?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Kerstin Schreyer am 29.04.2021 den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ gestartet und zur Anmeldung gemeindlicher Bedarfe bis 10.06.2021 aufgerufen hat, frage ich die Staatsregierung, wie viele Bedarfe wurden bis 10.06.2021 von den Städten und Gemeinden angemeldet, wie wird die Staatsregierung die gemeldeten Bedarfe der Städte und Gemeinden auswerten und wie viele Städte und Gemeinden werden voraussichtlich leer ausgehen?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Wie aus der Ärztezeitung vom 13.06.2021<sup>1</sup> hervorgeht, ist ein Weiterbetrieb der Impfzentren über den 30.09.2021 hinaus sicher, wofür sich auch der Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek sowie Ministerpräsident Dr. Markus Söder ausgesprochen haben, hierzu soll am kommenden Mittwoch in der Ministerpräsidentenkonferenz ein Kompromiss gefunden werden, v. a. hinsichtlich der Finanzierung vor dem Hintergrund der auslaufenden Bezuschussung der Impfzentren durch den Bund, deswegen frage ich die Staatsregierung, welche Kosten pro Impfzentrum bisher für den Betrieb der Impfzentren seit Inbetriebnahme für Bayern angefallen sind, wie hoch hierbei die personellen Kosten pro Impfzentrum sind und wie hoch die reinen Impfkosten für eine Impfung im Impfzentrum im Gegensatz zu einer Impfung bei einem niedergelassenen Arzt sind?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, da die Coronapandemie die ohnehin schon zu hohe Belastung für Pflegekräfte in Alten- und Krankenpflege weiter erhöht hat, sodass viele von ihnen mittlerweile sogar schon über einen Berufswechsel nachdenken, ob sie auf Landesebene Pläne zur Verbesserung der Situation in den Pflegeberufen hat, die erneute Bonuszahlungen vorsehen, um den auch im Jahr 2021 besonderen Leistungen der Pflegekräfte zu würdigen, sowie langfristig ausgelegte regelmäßige Zuschüsse, die die Gehaltssituation in der Pflege in Bayern strukturell verbessern, sodass Fachkräfte sowohl gehalten, als auch neu hinzugewonnen werden können?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Wahlsoftwares werden in Bayern für die unterschiedlichen Wahlen eingesetzt, wer entscheidet, welche Wahlsoftware in Bayern jeweils eingesetzt wird und welche Vorkehrungen gibt es, um Manipulationen beim Einsatz von Wahlsoftware zu verhindern?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Lärmschutzmaßnahmen sind an einer Staatsstraße mit einer Verkehrsbelastung von 3 000 Kfz pro Tag notwendig und welche Anforderungen muss ein Baugebiet erfüllen, das an einer derartigen Straße geplant ist?

---

<sup>1</sup> <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Gesundheitsminister-beraten-ueber-Impfzentren-420434.html>

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der kommunale Zweckverband Gewerbegebiet Inter-Franken im Landkreis Ansbach die Ermöglichung eines Industriegleises zwischen den Bahnstationen Dombühl und Schnelldorf an der Bahnstecke Stuttgart-Nürnberg plant, obwohl nach den Regelungen des Europäischen Zug-Kontroll-System (ETCS) und der Auskunft der DB AG auf freier Strecke der Bau einer Anschlussstelle oder Ausweichanschlussstellen nicht zulässig ist, frage ich deshalb die Staatsregierung, wie bewertet die Staatsregierung die Einschätzung der DB AG, gibt es realistische Chancen, dass ein neuer Bahnhof am Gewerbegebiet entsteht und wurde die Staatsregierung dazu vom Zweckverband oder den beteiligten Gemeinden kontaktiert?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird in Berufseinstiegs-, Integrations- und Deutschklassen Antisemitismus und Rassismus mit welchem Inhalt, Stundenumfang und Material behandelt?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Holz hat die Bayerische Staatsforsten (BaySF) in den Geschäftsjahren 2019 bis 2021 (Stand 30.04.2021) an bayerische Sägeunterunternehmen verkauft (bitte absolut und prozentual an Gesamtverkaufsmenge je Geschäftsjahr), wie viel Holz wurde dabei an Großsäger (jährlichen Einschnitt größer 200 000 fm), Unternehmen mit einem jährlichen Einschnitt von 50 000 bis 200 000 fm, mittlere Unternehmen (Einschnitt 10 000 bis 50 000 fm pro Jahr), kleine Sägeunternehmen (Einschnitt 1 000 bis 10.000 fm pro Jahr) und Kleinst-Unternehmen (Einschnitt kleiner 1 000 fm/Jahr) verkauft und wie war dabei die regionale Verteilung (bitte je Regierungsbezirk, Unternehmensgröße, absolut in fm und prozentual angeben) bitte immer getrennt nach Laub- und Nadelholz angeben?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sieht sie, in der laut Bundesministerium für Gesundheit rechtswidrigen Impfkampagne am Münchner Flughafen für die Belegschaft einer italienischen Hotelanlage Ermittlungen aufzunehmen, insbesondere zur Herkunft des verwendeten Impfstoffes und zu den Organisatoren der Aktion und welche bayerischen Behörden sind beteiligt bzw. zuständig?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts von Medienberichten über eine bundesweite Durchsuchungsaktion gegen vier mutmaßliche Mitglieder einer rechtsterroristischen Vereinigung, von der auch eine Frau aus Bayern betroffen war, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse Sicherheitsbehörden über weitere Mitglieder der Chatgruppe „Der harte Kern“ aus Bayern haben, die nicht bereits zu den Angeklagten im Stuttgarter Prozess gegen die „Gruppe S.“ gehören, ob es sich bei der von den Terrorverdächtigen gebildeten Gruppe um eine neue rechtsterroristische Vereinigung jenseits der „Gruppe S.“ handelt und ob die Staatsregierung ausschließen kann, dass ■■■■■ aus Franken als Administratorin des zentralen Chats der Gruppe „Der harte Kern“ jemals für bayerische Sicherheitsbehörden oder Sicherheitsbehörden des Bundes gearbeitet hat?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Personalsituation am Polizeipräsidium Oberpfalz (bitte aufgeschlüsselt nach Polizeiinspektionen, nach Soll- und Ist-Stärke, sowie in VPS angeben), wie hoch ist der Stand der Überstunden und wie hoch ist die daraus resultierende Pro-Kopf-Belastung an Überstunden?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich das Besucheraufkommen in den PCR-Testzentren im Jahr 2021 entwickelt (bitte pro Kalenderwoche und Testzentrum auflisten), wie hat sich dazu das Testaufkommen seit Jahresbeginn bei Schnellteststationen entwickelt (bitte pro Kalenderwoche und Landkreis/kreis-freien Stadt auflisten) und wie war die Entwicklung der Anzahl von Tests an weiteren Testmöglichkeiten (z. B. Schulen, Betriebe) mit Meldepflicht an die staatlichen Gesundheitsämter (bitte pro Kalenderwoche und Landkreis / kreisfreien Stadt auflisten)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Wirkungen hat die Auslegungshilfe „Anforderungen an die Prüfung des Bedarfs neuer Siedlungsflächen für Wohnen und Gewerbe im Rahmen der landesplanerischen Überprüfung“ nach Kenntnis der Staatsregierung bisher entfaltet, wenn beispielsweise im Falle eines Baugebiets in Wallerfing, zu dem unter anderem Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz und der Bayerische Landesverein für Heimatpflege Petitionen an den Landtag gestellt haben, selbst bei negativer Stellungnahme des Amts für ländliche Entwicklung neue Bebauungspläne für Siedlungsflächen genehmigt werden, selbst wenn der Bedarfsnachweis ergibt, dass ein Bevölkerungsrückgang zu erwarten ist und aktuell ein Wohnbauüberschuss bestehe, inwieweit ist bei einer Aufstellung eines neuen Bebauungsplans nicht nur zu prüfen, ob die Innenentwicklungspotenziale erhoben wurden, sondern sich auch um eine Aktivierung bemüht wurde und bei welcher quantitativen Wirkung bzw. bei Tendenz der Flächenneuanspruchnahme für die Jahre ab 2020 geht die Staatsregierung davon aus, dass die der getroffenen Maßnahmen (Auslegungshilfe, Richtgröße, usw.) zur Zielerreichung 5 h pro Tag ab 2030 ausreichen?